

Gewalt, einerlei von wem sie angewandt wird, ist immer reaktionär

Friedrich Ebert

Terrorismus und Kinderstube

In Situationen, in denen die Organe des Staates ihre Ohnmacht zeigen und im Gemeinwesen Unsicherheit darüber aufkommt, ob nicht nur die staatliche Ordnung, sondern die Gesellschaft insgesamt genügend Abwehrkräfte entwickelt, um Gefährdungen von innen abzuwenden, fehlt es meist nicht an schrecklichen Vereinfachern, zumal in Ländern wie in der Bundesrepublik, die als Muster an innerer Stabilität gelten und wo die offene Bedrohung durch Terror bisher die große Ausnahme blieb. Diesen Vereinfachern fehlt es nicht an plausiblen Erklärungen: Sie finden sie beim politischen Gegner oder bei der Regierung, die das Treiben revolutionär-anarchistischer Gruppen zu lange verharmlost habe, bei bestimmten Parteien, die utopistischen radikalen Strömungen in ihren eigenen Reihen nicht Einhalt gebieten, bei Intellektuellen, die mit politischem Unverstand die Öffentlichkeit provozieren und instabile Gemüter politisch aufputschen. Für manche scheint alles nur eine Frage der richtigen oder zureichenden Abschreckung zu sein: deshalb Einführung der Todesstrafe für politische Gewaltverbrechen mit Geiselnahme und Mord, und mancher „Weise“ aus dem Volk denkt zunächst gar nur an die Schwäche der politischen Führung oder an das Versagen der Polizei.

Es gibt freilich auch andere Reaktionen, die mehr nach den gesellschaftlich-politischen Ursachen fragen: nach dem politischen Klima, in dem gewalttätige Anarchistenbewegungen entstehen, nach dem engeren und weiteren Kreis von Sympathisanten und Nachsichtigen, nach dem Milieu, aus dem die Täter kommen und in dem ihre politischen Ansichten geformt werden, nach der Fähigkeit oder Unfähigkeit des Staates, sich selbst und sein politisches Handeln einer aufbegehrenden Generation einsichtig zu machen und eine Antwort zu geben auf die großen internationalen Probleme: auf Hunger, Unterentwicklung, Rassendiskriminierung, soziale Ungleichheit, die eine rigoristisch denkende oder auch nur intellektuell so vorgeformte Generation verunsichert und an der Sinnhaftigkeit bzw. am Lebenswert der gesellschaftlich-staatlichen Ordnung und ihrer wirtschaftlich-sozialen Basis zweifeln läßt. Schließ-

lich fehlt es nicht an Stimmen, die der politischen Polarisierung zwischen den Parteien ein gerüttelt Maß an Schuld geben, weil sie an der notwendigen politisch-demokratischen Toleranz gegenüber dem Gegner zweifeln läßt, die öffentliche Auseinandersetzung verschärft und so mittelbar oder unmittelbar radikalisierte Tendenzen stärkt, in extremis sogar indirekt zu rechtfertigen scheint.

Respektable Gesichtspunkte, die wenig erklären

Das alles sind wohl respektable Gesichtspunkte. Es ist beispielsweise durchaus eine Frage wert, ob der demokratische Staat, ob seine gesetzgeberischen und exekutiven Organe sich so verhalten, daß in der Bevölkerung, die den Staat trägt, tragen muß, ein Bewußtsein entsteht, daß dieser Staat nicht nur Rechte gewährt, sondern entschieden auch Pflichten abverlangt, daß er das gemeinsame Dach der Bürger ist, unter dem es sich nur leben läßt, wenn jeder mit den staatsbürgerlichen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, zu seinem Aufbau und zu seinem Funktionieren beiträgt. Es ist durchaus eine Frage wert, ob genügend Sinn für solche Verantwortung vorhanden ist, ob unser modernes meist individualistisch überzogenes Freiheitsverständnis nicht dahin geführt hat, daß hauptsächlich Ansprüche an das Gemeinwesen angemeldet werden, daß Rechte, Versorgungs- wie Mitbestimmungsrechte, bis an die Grenzen der Funktionsfähigkeit des Staates eingefordert werden, aber zugleich die Verantwortung für den Staat verkümmert. Es ist ebenfalls eine Frage wert, ob noch mehr als die individuellen Interessen, als deren *Vollstrecker* der Staat gelegentlich angesehen wird, nicht die Gruppenegoismen von Lobbyisten und Verbänden gerade den demokratischen Staat im wahrsten Sinne verunstalten und manche politische Auseinandersetzung bis in die Gesetzgebung hinein zur Farce machen. Ein Staat, in dem Interessenverbände, ob es nun solche des Großkapitals oder der Arbeitnehmer sind, trotz der Parlamente oder gar über die Parlamente diktieren, gibt sich fast auto-

matisch an den Rand der Selbstaufgabe, und der eine oder andere westliche Staat scheint sich tatsächlich bereits in dieser Randzone der Selbsterstörung zu bewegen.

Nicht weniger akut ist die Frage, ob vor allem unsere westlichen Gesellschaften (denn darin sollen sie sich ja von östlicher Hegemoniepolitik unterscheiden) fähig und willens sind, Benachteiligungen im Bereich des Welthandels abzubauen und den Entwicklungsländern genügend Mittel zur Selbsthilfe (durch Kapital-, Technologie- und Bildungshilfe) an die Hand zu geben und sie als Wirtschafts- und politische Partner und nicht nur als notwendige Rohstofflieferanten zu akzeptieren. Ein politisches System, mag es in sich nach innen noch so ausgewogen und liberal sein, das nicht in der Lage ist, einen wirksamen Beitrag zur Bewältigung der größten internationalen Probleme zu leisten, das an Hunger und Unterentwicklung vorbeipolitisiert, wird auf die Dauer nicht nur unpolitischen moralischen Rigoristen als wenig erstrebenswert erscheinen; es wird auch bei Besonneneren der Ruf nach den *strukturellen Konsequenzen* im eigenen Lande lauter werden, und es wird dann gewiß nicht an politisch labilen Strömungen fehlen, die solche Tendenzen für ihre utopischen, staatsverneinenden und in der Tendenz gewaltsamen Aktionen zum Umsturz oder zur Aushöhlung des Gemeinwesens nutzen, wie es andere gibt, für die die Zunahme an allgemeiner Kriminalität, die Existenz von politischen Subkulturen am Rande der Legalität und die da und dort aufkommende ideologische Indoktrinierung (die nicht immer und meist nicht rein marxistischer Natur ist) schon ein hinreichender Grund sind, nicht nur um nach einem starken Staat zu rufen, sondern autoritäre Korrekturen am demokratischen Staat durch einen „starken“ Mann zu fordern.

Zu bedenken sind zweifellos auch die anderen eingangs genannten Symptome und Ursachen. Die *politischen Parteien* werden mehr denn je zu prüfen haben nicht nur, ob sie Entwicklungen der letzten Jahre, die eine offene Tendenz zur ‚Systemüberwindung‘ auf ‚legalem‘ Weg oder auch ohne Beachtung der demokratischen Spielregeln erkennen ließen, genügend beachtet oder als Bagatellerscheinungen verharmlost haben. Die Parteien werden vor allem auch prüfen müssen, ob radikale Strömungen, sei es in den eigenen Reihen, sei es an deren Rande deswegen verharmlost wurden oder werden, weil sie im Blick auf die Durchsetzung des eigenen politischen Programms und im Blick auf den „reaktionären“ politischen Gegner als Provozierer und gelegentlich als Hilfstruppen ganz nützlich erscheinen. Bei aller Berechtigung der Forderung, daß es eine der Aufgaben demokratischer Parteien ist, zum Radikalismus neigende Strömungen rechts und links jeweils in das eigene politische Feld zu integrieren, so leicht können Parteien auch zum willfährigen Opfer solcher Strömungen werden — natürlich nicht von heute auf morgen und nicht in einer ruhigen innen- und außenpolitischen Periode,

wohl aber auf lange Sicht und in Augenblicken politischer Unsicherheit und wirtschaftlicher Krisen. Dies wird dann um so eher eintreffen, wenn im Blick auf den kurzfristigen politischen Nutzen es an innerer Abgrenzung und Auseinandersetzung fehlt. Kein Zweifel, daß diese Gefahren gegenwärtig mehr links der Mitte gegeben sind — nicht nur in der Bundesrepublik, sondern international —, aber wer kann versichern, daß dieselbe Gefahr morgen oder übermorgen nicht aus der Gegenrichtung kommt?

Verharmlost wurde die Gewalt

Schließlich kann uns auch die Frage nach *dem Milieu, aus dem die Täter kommen*, nicht gleichgültig sein, auch wenn in ihr vielleicht mehr Symptome als Ursachen sichtbar werden und man mit allen Milieuthorien bei der Suche nach den Wurzeln politischer Kriminalität wird vorsichtig sein müssen. Die Tatsache, daß politische Gewalttäter und ihre anarchistischen Anhänger vornehmlich, wenn nicht fast ausschließlich aus dem Bürgertum, teilweise aus dem Großbürgertum kommen, dürfte wohl doch auch etwas über Defekte in diesem Milieu aussagen, wenigstens über die Sinnleere und Langeweile, die sich in seinem Lebensklima der Opulenz ausbreitet und über den Utopismus, mit dem sensible Gemüter, die das Heil des Menschen rein diesseitig und in totaler menschlicher Gerechtigkeit suchen, die sich politisch nie verwirklichen läßt, darauf reagieren. Zu fragen wäre wenigstens, ob nicht der selbstverständliche Besitz an Wohlstand und Bildung (einer einseitig intellektuellen Bildung zumal, die ihre Denk- und Politmodelle jenseits der sozialen Realität und ohne die ernüchternde Hilfe der Geschichte vornehmlich abstrakt entwirft), weil vorausgesetzt und gar nicht als gut erkannt und als Wert respektiert, die Kräfte der Destruktion fördert, individuell und gesellschaftlich unbewußter Antrieb dafür ist? Aber solche Fragen verlieren sich leicht in diffusem Licht. Wer will schon die Ursachenreihen bis in ganz bestimmte individuelle und familiäre Lebensverhältnisse hinein nachzeichnen und dann behaupten, in einer so und so strukturierten bürgerlichen Geistes- oder Lebenshaltung oder in der „antikapitalistischen“ Reaktion darauf (womöglich auf den eigenen Kapitalismus) habe er das eigentliche Ursachenfeld für politische Gewalt, für politisch motivierten Mord, für Geiselnahme und Raubzüge dingfest gemacht.

Es gibt, glaube ich, näherliegende Faktoren, die politisch einleuchtender sind und dennoch in das apostrophierte Milieu zurückführen. Gleichsam als Beispiele seien nur zwei genannt: unser Verhältnis zum Thema Gewalt in den letzten Jahren und die zweifellos viel weiter reichende Frage nach der moralisch-geistigen Selbsteinschätzung des Zeitgenossen in den meinungsbildenden und meinungsbestimmenden geistigen Trends der Gegenwart. Mit kaum einer Frage ist man seit den späten sechziger Jahren so

leichtsinnig umgegangen wie mit der *Frage legitimer oder nicht legitimer Gewalt*. Auch das war und ist kein Exklusivphänomen der Bundesrepublik, schon gar nicht des deutschen Sprachraums. Im Gegenteil! Man hat gerade aus kirchlicher Sicht den Eindruck, der Leichtsinns und die Verharmlosung sei anderswo bis in hohe politische, kirchliche und ökumenische Gremien hinein noch wesentlich größer gewesen. Auf jeden Fall war diese Verharmlosung eine internationale Erscheinung.

Sie war im Blick auf die Dritte Welt — man denke an das Apartheidsystem in Südafrika, an Lateinamerika oder selbst an die sich nur mühsam durchsetzende bürgerrechtliche Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung in den USA und ethnischer oder rassischer Minderheiten fast in der ganzen Welt — ein Stück weit verständlich. In Staaten, die nur bedingt Rechtsstaaten und schon gar nicht Sozialstaaten sind und wo Minderheiten benachteiligt werden, liegt Gewaltanwendung in der Luft. Aber dies hätte geschichtserfahrene Mitteleuropäer, welcher politischen Couleur sie auch sind, nicht dazu treiben dürfen, Gewalt zu verharmlosen, Gewaltanwendung wenn (bei uns) schon nicht gegen Personen, so doch gegen Sachen als Stilmittel politischen Protests stillschweigend zuzulassen oder gleichsam verbal zu legitimieren. Schon gegenüber den Partnern in der Dritten Welt hätten wir Grund genug, vor politischer Gewaltanwendung zu warnen, besonders dort, wo es sich nicht um die Befreiung von einem nennbaren politischen Tyrannen, sondern um sog. institutionalisierte Gewalt handelt, die zu einem guten Teil durch die politischen und sozialen Verhältnisse eines ganzen Landes und seiner internationalen Verflechtung mit verursacht ist. Konzentrierter politischer Druck erreicht auch da immer noch mehr als ein gleichsam *religiös getöntes Revolutionspathos*, das Gewalt als Mittel zum heiligen Zweck erklärt und das dann meist doch nur, weil die soziale, politische und geistige Infrastruktur fehlt, zum Auswechseln eines (Gewalt-)regimes durch ein anderes führt. Noch viel weniger Grund besteht, die Predigt von Gewalt und ihre Anwendung in westlichen Demokratien zu tolerieren. Was immer an einem konkreten demokratisch verfaßten Staatswesen unter rechts- und sozialstaatlichen Gesichtspunkten reformbedürftig ist, der sich politisch und gesellschaftlich organisierende Bürger hat in einem demokratischen Rechtsstaat andere Mittel und Wege, seine Rechte zu erkämpfen und für seine politischen Zielsetzungen zu werben. Vorausgesetzt ist freilich, daß er innerhalb der rechtsstaatlichen Ordnung das Gesetz wirtschaftlicher Sachgerechtigkeit (was natürlich immer wieder am einzelnen Objekt festzustellen ist) beachtet, die Entscheidungen der Verfassungsorgane, so angreifbar sie im einzelnen auch sein mögen, respektiert und gegenüber dem politischen Gegner Toleranz übt.

Tatsächlich aber scheint die Verharmlosung vor allem politischer Gewalt bereits in diesem Vorstadium zu begin-

nen: Man nimmt die Toleranz als eiserne Regel demokratischen Umgangs nicht ernst. Man rückt sich den Gegner jeweils zurecht, wie man ihn braucht. In diesem Sinne scheint auch bei den politischen Parteien Toleranz unterentwickelt zu sein; aber vor allem ist der ganze Betrieb politischer Aufklärung und Bewußtseinsbildung, der ganze über die verschiedenen Schul- und Bildungsstufen popularisierte Aufwand an „kritischer Rationalität“ einseitig auf Entlarvung von Interessengegensätzen und ihre angeblichen oder wirklichen gesellschaftlichen Verursacher gerichtet denn auf Schulung in gesellschaftlicher Toleranz. Gelegentlich hat man den Eindruck, als ob das *Toleranzprinzip* als eine der wesentlichen Errungenschaften aufgeklärter demokratischer Gesellschaften zum ersten — für Demokratien lebensgefährlichen — Opfer einer Gesellschaft werden könnte, die in ihrer individualistischen Überspitztheit — radikale Reformer kopieren hier meist ihre Gegner bzw. die Verhaltensmuster der Gesellschaft, des Milieus oder des Systems, das sie überwinden möchten — unfähig wird, den Andersdenkenden gelten zu lassen, ihm seine Motive abzunehmen und um die beste realisierbare Lösung zu ringen. Parteien können — links und rechts der Mitte — sehr leicht mit Teilen ihrer Anhänger in diesen Sog hineingezogen werden, wo es an entschiedener demokratischer Führung fehlt.

Schleichende Versuchung der Maßlosigkeit

Doch die Verharmlosung der Gewalt bei gleichzeitiger Verweigerung von Toleranz scheint, gerade wenn man an die Ausbreitung politischen Terrorismus denkt, noch eine tiefere Ursache zu haben. Es scheint in Gesellschaften, die ökonomisch florieren, in denen der Staat ein in der Breite der Bevölkerung fast optimales Maximum an Daseinsvorsorge bietet und auch ein hohes Maß an Rechtsstaatlichkeit garantiert, eine *schleichende Versuchung zur Maßlosigkeit in den politischen Ansprüchen* zu geben. Sowohl die Einsicht in die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens wie in die Unzulänglichkeit der menschlichen Subjekte, die die gesellschaftlichen Verhältnisse und die staatlichen Institutionen tragen, scheint zu verkümmern. Mehr noch! Gerade, weil wir in einer Gesellschaft leben, die insgesamt nicht nur einen hohen Lebensstandard sichert, sondern Freiheitsrechte weitgehend garantiert und in der der Staat sich durch liberale Gesetzgebung auszeichnet, scheint der Sinn für das tatsächlich Mögliche abzustumpfen. Man meint offenbar, das gesellschaftliche Zusammenleben sei miserabel, solange es fehlerhaft ist, solange es unzulängliche, keine volle Egalität ermöglichende, allen Mißbrauch ausschließende Gesetze bzw. Regierungsformen gibt und die gesamte Gesellschaft nicht an den „Interessen“, die allein man für „objektiv“ zutreffend hält, ausgerichtet ist. Darunter scheint auch die Kompromißfähigkeit zu leiden, die Bereitschaft, sich demokratischen Ver-

fahren zu unterziehen, eine veränderbare, aber nicht beliebig auswechselbare staatliche Ordnung, die Freiheit nicht nur ermöglicht, sondern auch eingrenzt, eingrenzen muß, wenn sie für alle gerecht werden soll, zu akzeptieren. Der demokratische Staat auf der einen und die technische wie gesellschaftliche Verflechtung aller Lebensbereiche auf der anderen Seite, die diesen in sich schon für gewaltsame Eingriffe anfälliger macht, verlangen nicht nur nach nüchternem Sachwissen und Einübung in demokratische Spielregeln, sondern nach mehr Bereitschaft zur Mitverantwortung, zum Dienst am Gemein-

wesen, auch die Fähigkeit nicht nur mit Gleichgesinnten zu leben, sondern sich aktiv in das Ganze der Ordnung einzugliedern. Unsere pädagogischen und Sozialisationsexperimente der letzten Jahre erstrebten aber erklärmaßen das Gegenteil. Sie waren von einem sog. aufklärerischen Politunterricht bis zur antiautoritären Erziehung einseitig von Emanzipationsidealen fasziniert. Es sind also letzten Endes die Gewichte im pädagogischen Bereich neu zu verteilen. Insofern hat Terrorismus bzw. seine Abwendung nicht nur mit einem bestimmten Milieu, sondern buchstäblich mit Kinderstube zu tun. *D. A. Seiber*

Vorgänge

Zugespitzte Lage der Kirche in der ČSSR

Als der tschechische Landesverband der Priestervereinigung „Pacem in terris“ zu Jahresbeginn (am 24. und 25. Januar 1975) in Prag seinen ersten Kongreß abhielt, wurde daraus eine wohlorganisierte Schau. Wie einst die Friedensbewegung Plojhars, präsentierte sie sich der Öffentlichkeit so, daß die tatsächliche Bedeutungslosigkeit überspielt wurde. Doch dem Geist dieser Priestervereinigung entsprach der Inhalt der hier gehaltenen Referate. Und selbst das äußere Bild fiel nicht aus dem Rahmen: der hochgeschlossene Priester-Rock, bei uns meist gänzlich verschwunden, wurde von den Spitzenfunktionären zu offen zur Schau getragen, als daß diese betont kirchliche Kleidung den unkirchlichen Hintergrund der Veranstaltung verdecken konnte. Auf der wenige Tage später abgehaltenen slowakischen Tagung bot sich ein ähnliches Bild. Doch viel weniger als vor 1968 die „Friedensbewegung“ hat die neue Priestervereinigung wirkliche Zustimmung im katholischen Klerus gefunden; viele schließen sich nur gezwungen an, um nicht die Genehmigung zur Ausübung des priesterlichen Amtes zu verlieren.

Andere traten am Anfang bei, um ein Abgleiten in die unrühmliche „Friedensbewegung“ zu verhindern, und können sich jetzt nicht losmachen. Welch große Unzufriedenheit innerhalb dieser Priestervereinigung selbst herrscht, ist einem Schreiben zu entnehmen, das eine Gruppe von Mitgliedern an das Kirchensekretariat gerichtet hat. Priester aus dem Raum um Prerau (Přerov in Mähren) erklärten sich darin zu weiterem Engagement in der Priestervereinigung bereit, verwahrten sich jedoch gegen die zunehmende Behinderung kirchlichen Lebens und forderten wirkliche Glaubensfreiheit. Selbst in der Führung der Priestervereinigung herrscht nicht nur Zustimmung zu dem, was sich in ihr tut; Unzufriedenheit und Enttäuschung ließen sich durchaus überzeugend belegen, wenn nicht die nötige Rücksicht dies derzeit wenigstens noch verböte.

Eine „Offerte“ von Kulturminister Klusák

Neben den beiden Hauptreferaten, vorgetragen vom Vorsitzenden des

tschechischen Landesverbandes, dem Teschener „Ordinarius“ *Antony Veselí*, und dem Generalsekretär der Föderalvereinigung, *Frantisek Hochmann*, verdienen die Ausführungen des Kulturministers der tschechischen Landesregierung, *Klusák*, besondere Beachtung. Zunächst fiel das offene Angebot an den Heiligen Stuhl zu weiteren Verhandlungen auf. Nach seinem Hinweis auf die außenpolitischen Bemühungen der Tschechoslowakei um die Lösung anstehender Probleme mit den westlichen Nachbarn erklärte Minister Klusák: „Auch die bisherigen Verhandlungen mit dem Vatikan haben unseren guten Willen und unser Verständnis gezeigt... Vorläufig gibt es keine Gründe dafür, daß auf Wunsch des Vatikans nicht weiterhin nach den gleichen Grundsätzen verhandelt werden könnte.“ Wer jedoch meinte, hier kündige sich Entgegenkommen an, hatte sich aber getäuscht, denn der Minister erklärte ebenso unumwunden: „Wie bisher werden wir von den Grundsätzen der Souveränität des tschechoslowakischen Staates ausgehen, über innere Angelegenheiten werden wir nicht verhandeln.“ Damit war der für die Kirche so wichtige Verhandlungsraum angesprochen, den der Heilige Stuhl nicht für immer aussparen kann, nämlich wirkliche Religions-